Die obengenannte bestehende Rechtsauslegung des Obersten Gerichts der DDR ist für die Beweisführung in Strafverfahren insofern bedeutsam, daß Aussagen, die zu anzeigepflichtigen Delikten von Zeugen, denen Aussageverweigerungsrechte zustehen, gemacht werden, dauerhaft strafprozessual verwertbar bleiben. Sie können durch eine Berufung auf ein angebliches Aussageverweigerungsrecht nachträglich nicht aus der Beweisführung ausgeschlossen werden.

Im folgenden werden die Aussageverweigerungsrechte und die daraus resultierenden rechtlichen Anforderungen dargestellt.

Bevor dies geschieht, sollen jedoch die strafprozessualen Pflichten der Strafverfolgungsorgane zur Belehrung des Zeugen erwähnt werden.

Der Zeuge ist gemäß § 32 (2) StPO auf die ihm gemäß § 25 StPO obliegende staatsbürgerliche Pflicht zur Mitwirkung an der Erforschung der Wahrheit hinzuweisen und über die strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Aussage zu belehren. Solche strafrechtlichen Folgen können sich bei Verletzung der Straftatbestände der §§ 228, 229, 230 und 233 StGB ergeben. Der Zeuge ist für seine Aussage rechtlich verantwortlich und diese Verantwortung wird ihm durch diese Belehrung ausdrücklich bewußt gemacht.

Personen, denen das Recht zur Aussageverweigerung gegenüber den in § 26 (1) Ziffer 1 - 3 StPO genannten Angehörigen zusteht, sind vor jeder Vernehmung über ihr Recht zur Verweigerung der Aussage zu belehren. Wollen diese Personen das Recht zur Verweigerung der Aussage in Anspruch nehmen, haben sie zu erklären, daß sie das Aussageverweigerungsrecht wahrnehmen wollen. Der Zeuge muß das nicht weiter begründen. Seine Belehrung über die Aussageverweigerungsrechte ist Voraussetzung, daß er diese auch wahrnehmen kann.

Folglich ist es u. E. auch erforderlich, jeden Zeugen vor Beginn der Vernehmung darüber zu belehren, daß er die Aussage über